

Ungarn macht Druck auf „Staatsfeind“ Soros: *Open Society Foundation* will nach Berlin umziehen

[Veröffentlicht am 20.04.2018 von EpochTimes](#)

Die *Open Society Foundation* von George Soros erwägt, nach Berlin umzuziehen. Ungarns *Staatschef Orbán* erklärt dazu, er werde keine "Krokodilstränen" vergießen, wenn die Stiftung Budapest verlassen sollte.

In einer Mitteilung der *Open Society Foundation* (OSF) hieß es am Freitag, es gebe „verschiedene Optionen“, sollten die Aktivitäten der Stiftung in Ungarn zu sehr behindert werden. Die Sicherheit des Personals sei von „vorrangiger Bedeutung“.



Das Parlament in Budapest. Foto: iStock

Der ungarische *Regierungschef Viktor Orbán* sagte unterdessen, er werde keine „Krokodilstränen“ vergießen, wenn die Stiftung Budapest verlassen sollte. *Orbán* unterstützte zugleich die Initiative der ihm

nahestehenden Zeitung „*Figyelő*“. Diese hatte vergangene Woche auf zwei Seiten eine Liste mit den Namen von rund 200 Beschäftigten von Nichtregierungsorganisationen, Lehrkräften an der von Soros gegründeten Budapester Central European University (CEU) und Journalisten veröffentlicht. Diese wurden als Teil des „Soros-Netzwerks“ bezeichnet.

Orbán ermutigt die Presse, die Netzwerke publik zu machen

Orbán sagte in einem Radiointerview, er ermutige insbesondere die Presseleute, so viele Fakten über Netzwerke wie möglich publik zu machen. Es müsse aufgedeckt werden, „wer wer ist, wer Einfluss hat und wer wen bezahlt“.

Die Veröffentlichung der Namensliste mit dem Titel „Die Leute des Spekulanten“ hatte im In- und Ausland für Kritik gesorgt.

Aus der Parlamentswahl am 8. April war *Orbán*s Fidesz-Partei mit fast 50 Prozent der Stimmen gestärkt hervorgegangen. Der 54-jährige Ministerpräsident sicherte sich eine dritte Amtszeit in Folge. Zusammen mit seinem christdemokratischen Juniorpartner verfügt er über eine Zweidrittelmehrheit, die ihm für Verfassungsänderungen freie Hand gibt.

Soros gilt in Ungarn als „Staatsfeind“

Im Mai soll das sogenannte *Stop-Soros-Gesetz* ins Parlament eingebracht werden.

Orbán beschuldigt Soros, der über seine Stiftung mehrere ungarische Bürgerrechtsorganisationen unterstützt, von außen eine Masseneinwanderung in die Europäische Union zu steuern.

Er hat Soros immer wieder öffentlich angegriffen und unter anderem als „Staatsfeind“ gebrandmarkt. (afp)